

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Erschienen am Sonntag den 25. April.  
Für den Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei längerer Zeitrechnung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 5,00.—  
Einzelnnummer M. 200.—, Sonntagsausgabe M. 300.—.  
Anzeigen-Preis. Die Spalte 10 mm breite Zeile M. 400.—, ausserhalb Dresdens M. 500.—, Familienanzeigen und Erlaubnisse unter Weglassung jeder Rubrik M. 100.—, Berufsgebühren laut Tarif. Auswärtige Zuschriften gegen Verrechnung.

Schriftführung und Hauspostämter:  
Martenstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von Henschel & Neumann in Dresden.  
Postkonto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit beifolgender Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Inseratlonge 6,5 cm Höhe werden nicht aufbewahrt.

**Hupfeld**  
Waisenhaus-Str. 24

Urteile und  
Literatur  
kostenlos

## TRI-PHONOLA

Als FLÜGEL, PIANO oder VORSETZER für persönliches Spiel oder zur selbsttätigen Wiedergabe des Urspiels erster Meister. Vorspiel bereits fertig.

Das voll-  
kommenste  
Instrument

**Rönisch**  
Waisenhaus-Str. 24

## 30 Milliarden Reichsgelder von den Franzosen gestohlen.

Die Gesamtbeute der bisherigen Geldräubereien. — 3 Milliarden bei Worms, 2 Milliarden in Mülheim geraubt. — Ein Wortbruch der Franzosen. — Voucher stellt einen englischen Stimmungsumschwung fest. — Voucher Beauftragter Millerands? —

Fortsetzung der Markflüchtigkeitsaktion.

### Grecher Raub in Worms.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Darmstadt, 7. April. Auf der Rheinbrücke bei Worms wurden gestern aus einem von Mannheim kommenden Auto drei Milliarden Reichsbankgelder von den Franzosen weggenommen.

### Frankösischer Ausraubung einer deutschen Silberröhrendruckerei.

Mülheim, 7. April. Das Fräsewerkgebäude der Großdruckerei Ernst Marks, die zurzeit im Auftrage einer Berliner Firma für die Reichsbank Reichsbanknoten herstellt, wurde von französischen Besatzungstruppen umstellt und besetzt. Die Druckplatten und das Papier für die Reichsbanknoten wurden „beschlagnahmt“ und fortgeführt. Der Geschäftsführer der Firma wurde festgehalten und erst in den Vormittagsstunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Den Franzosen sind, soweit bis jetzt bekannt, zwei Millionen Mark, davon 1/2 Milliarde festes Papiergeld, in die Hände gefallen.

### Der Wortbruch der Franzosen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung).  
Berlin, 7. April. Die Franzosen haben bisher etwa 30 Milliarden Reichsbankgelder beschlagnahmt, einschließlich der gestohlenen 3 Milliarden Mark. Besonders auffallend ist die Wegnahme von 9 000 000 000 M. Reichsbankgeldern, die von der Reichsbank Hauptstelle Frankfurt a. M. nach Wiesbaden gebracht werden sollten. Diese Wegnahme erfolgte entgegen der von französischer Seite ausdrücklich gegebenen Versicherung, daß die Geldtransporte der Reichsbank nicht beschlagnahmt werden sollten, falls sie nicht zur Bezahlung von Gehältern, Löhnen an die Beamten bzw. die Staatsarbeiter bestimmt seien. Daraufhin konnte erklärt werden, daß die Gelder lediglich zur Bezahlung der Löhne der Industriearbeiter dienen sollten, um das wirtschaftliche Leben überhaupt in Gang zu halten. Es liest also hier ein offenkundiger Wortbruch der Franzosen vor. Nach einer offiziösen französischen Meldung sollen die beschlagnahmten Reichsgelder zur Abtragung der Reparationskosten verwendet werden.

### Ein Muster der Ruhrarmee.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Aumann“ Nr. 1025 folgende Ausführungen: „Als ich am Montagabend aus Metz nach Paris zurückkehrte, reiste ich in Gesellschaft eines kreiswilligen der Besatzungsarmee, einem jener Vorne, die sich gegen Versprechungen hinsichtlich Stände und Zulassen zuwenden von Poincaré unter Wagner zum Zuhlen zu bringen. Ganz neu eingekleidet, erzählte der Vorne, ein Telegraphenarbeiter, aufstehend von getrocknetem Wein, einem Vorne des „Echo de Paris“, welches Leben er in Deutschland führte: „Man langweilt sich gar nicht, die Vorne werden mit dem Revolver bedroht. So behandelt ich sie. Dann behandeln sie mich wie einen großen Herrn. Wenn ich um 9 oder 10 Uhr aufstehe, dann ist gleich ein „Grenadier“ da und bestellt sich, mein Frühstück zu bringen. Die Vorne

will nicht bezahlen, aber man zahlt ihnen, daß man nicht danken ist. Ich halte es mit Poincaré. Wenn sich wer nicht macht, schicke ich.“ — Es ist ein lächerlicher Versuch, zu wissen, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete unter der Gewaltverhaftung solcher Leute steht. Wenn ich nicht macht, so schicke ich.“ Das ist die Parole der ganzen feindseligen Allianz Poincarés.“

### Um die Bezahlung des Ruhrwahnfinns.

Das Prinzip der Priorität der Bezahlung des Gerichts-vollziehers!

Paris, 7. April. Die Konferenz zur Regelung der amerikanischen Reparationsforderungen wird am Montag fortgesetzt. Nach dem „Petit Parisien“ scheint die Regierung der Vereinigten Staaten den Vorschlag der alliierten Delegierten anzunehmen, doch seien einige wichtige Punkte noch nicht geregelt, nämlich die Frage der Priorität der Reparationsforderungen sowie der belgischen Priorität und die der Priorität, die die französische Regierung ausdrücklich für die Kosten des Ruhrwahnfinns an dem Grund des Prinzipes verlangt, daß Gerichts-vollzieher in erster Linie bezahlt werden müßten. Es frage sich nun, wie es angeht dieser Forderungen mit der amerikanischen Priorität. Die Amerikaner verlangen, daß ihre Priorität vor allen anderen komme, daß also auch die belgische Priorität hinausgeschoben werden müsse.

### Verhaftung eines Bürgermeisters.

Worms, 7. April. Der Bürgermeister Bäumler wurde von den Franzosen verhaftet. Er soll sich geweigert haben, das Verzeichnis der Stadtverordneten herauszugeben. Er wurde nach Metz in die Festung gebracht und im dortigen Stützpunkt untergebracht. Die Besatzungsarmee hat nach der Verhaftung des Bürgermeisters auch an den ersten Polizeipräsidenten das schriftliche Einverständnis, eine Liste der Stadtverordneten anzufertigen. (W. T. N.)

### Ein Zwischenfall im Bochumer Stadttheater.

Protest gegen die Anwesenheit des französischen Kommandeurs Bochum, 7. April. Am hiesigen Stadttheater kam es gestern vor Beginn der Opernvorstellung zu einem Zwischenfall. An derloge, die die Franzosen für ihre Besatzungsmacht hatten, erhoben der französische Kommandant, General, aufstehend unter dem Ruf „Vive la France“ eine Rede und es wurden Rufe laut, der General möge sich entfernen. Der Kommandant des Stadttheaters beachtet sich in dieloge des Generals, um ihn auf die Haltung des Publikums aufmerksam zu machen, worauf der General mit seiner Begleitung das Theater verließ.

### Dr. Wallraf ausgewiesen.

Wien, 6. April. Wie die „Wien. Zig.“ meldet, ist der deutsche nationale Vorkampfabordnete Staatsminister a. D. Dr. Wallraf, der in Bonn weilt, ausgewiesen worden.

Frankfurt a. M., 7. April. Der Chef der Chemischen Fabrik in Biebrich Vorkampfabordener Kollé (D. T. N.) wurde ohne Angabe von Gründen aus Biebrich ausgewiesen.

## Generalstreik im Memelgebiet.

### Politische Streiks jeder Art verboten.

Memel, 7. April. Die in der Bevölkerung seit geraumer Zeit herrschende Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, die sich seit der Besetzung des Gebietes durch die Litauer herausgebildet haben, ist nunmehr offen zum Ausbruch gekommen. Nachdem schon gleich nach den letzten Demonstrationen von Lithuanen Arbeiter in Fabriken und Betrieben, fand am Mittwochabend im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, in der eine Reihe von Forderungen aufgestellt war, die dem litauischen Oberkommissar überreicht wurden. Da die Antwort der Vertreter des litauischen Oberkommissars nicht befriedigend, wurde eine Betriebsabstimmung vorgenommen, in der sich die Betriebe für Ablehnung ausgesprochen. Daraufhin wurde gestern mittags 12 Uhr von den Gewerkschaften der Generalstreik verkündet.  
Memel, 7. April. Der Generalstreik ist hier allgemein. Der Parole der Gewerkschaften sind auch andere Berufs- und Erwerbsgruppen spontan gefolgt, so daß sämtliche Geschäfte, Bureaus und Banken geschlossen haben. Als litauischer Militär die Post besetzte, verließen sämtliche Beamten das Postamt. Das Gaswerk, Wäcker und Elektrizitätswerk liegen still. Der stellvertretende litauische Oberkommissar erließ auf Grund des im Memelgebiet noch bestehenden Ausnahmezustandes eine Verordnung, wonach Versammlungen, Umzüge auf den Straßen, sowie Streiks in lebenswichtigen Betrieben, überhaupt politische Streiks jeder Art, verboten sind.  
Eine am Freitagabend im Schützenhause zwanglos abgehaltene allgemeine Versammlung von Angehörigen aller Berufs- und Bevölkerungskreise stellte sich geschlossen auf den Boden der gewerkschaftlichen Forderungen. Die Versammlung betonte einmütig ihr Deutschsein. Ein Aufsehen in Litauen wurde mit Entzückung zurüch-

gewiesen. Es sei Autonomie versprochen worden. Diese müsse rechtlos durchzuführen werden. Eine für heute morgen anberaumte große öffentliche Versammlung wurde nicht anberaumt. Der nach Tausenden zählende Zug von Versammlungsteilnehmern bezog sich darauf nach Litauen bei Memel, eine siebenköpfige Kommission, die am Donnerstag dem litauischen Vertreter die Forderungen der Gewerkschaften überbrachte, wurde verhaftet, ebenso der Schriftleiter der sozialdemokratischen „Memeler Volkstimme“ Kührin.

### Die Ausarbeitung des Memelstatuts.

Paris, 7. April. Die von der Reichsministerkonferenz mit der Ausarbeitung eines Statuts für das Memelgebiet beauftragte Kommission hat gestern eine zweite Sitzung abgehalten und die Prüfung des Entwurfs beendet. Gewisse Einzelheiten können nach dem „Petit Parisien“ schon als endgültig geregelt angesehen werden. Doch seien noch einige Probleme und nicht die geringsten, namentlich der Verbleib auf der Memel, das Problem der politischen Zone und Wilna, noch nicht endgültig erledigt. Es wurde ein Redaktionsausschuß von zehn Mitgliedern ernannt, um die nötigen Texte vorzubereiten. Der Unterausschuß tritt am Mittwoch zusammen und wird dann der Vollversammlung den Entwurf am 14. d. M. unterbreiten. (W. T. N.)

Berlin, 7. April. Die deutsche Regierung hat bei der Vorkampfabstimmung beantragt, falls bei den zur Zeit zwischen ihr und den Memelländern schwebenden Verhandlungen die Frage der Option von im Memelgebiete ansässigen Personen für Deutschland zur Sprache kommen sollte, zu diesen Verhandlungen hinzuzuziehen zu werden. (W. T. N.)

Dollar (Amtlich): 21080

### Gefahren für den Bundesstaat durch die sächsischen Politik.

Clairvoyance! Wir sprechen gern und mit Stolz davon. Denn wir aber auch in jeder Hinsicht das aufsteigende, um an dem Ruhme, den die Kämpfer im besetzten Gebiet hundert- und tausendfach verdienen, mitteilnehmen zu können? Sind wir im unbesetzten Gebiet nur einigermaßen denen ähnlich, die am Rhein, an der Ruhr, an der Saar und in der Pfalz als wahre Helden für Deutschland liden und dulden? Auf diese Frage können wir nur dann mit gutem Gewissen mit Ja antworten, wenn wir etwas Gleichartiges den dortigen Großtaten an die Seite zu stellen hätten, ein Opfer, das wirklich einen nationalen Fortschritt bedeutete: die Überwindung des Parteigegensatzes auf der ganzen Linie, um eine Lindenlese, von keinem inneren Zwist bedrohte Volksgemeinschaft gegenüber dem äußeren Feinde herzustellen. Wie sieht es aber damit? Wir sind noch gar weit von diesem Ziel entfernt. Wie schwer wir noch am Parteigegensatz und Parteiparoxysmen krankten, wie hoch es sein verweigertes Haupt noch immer über das klare nationale Interesse zu erheben mag, zeigt das Beispiel unserer eigenen sächsischen Heimat, die durch das Heberwischen der sozialdemokratischen Parteipolitik in einen Zustand innerer Herrichtung verfallen ist. Das ist zunächst und in erster Linie ein Schaden für das Land selbst. Zahlen war ehemals ein führender Bundesstaat, der durch eine ausgezeichnete Regierung, eine mühevolle Verwaltung und eine emsige Pflege kultureller Aufgaben und Einrichtungen in vieler Hinsicht ein Vorbild für das übrige Deutschland aufstellte. Jetzt ist das Gegenteil der Fall. In diesem Hinsicht sind natürlich auch die Krisenfolgen schuld, aber die ganze Lage hätte doch ein wesentlich besseres Bild, wenn alle Parteien in Eintracht an der Wiederherstellung des Landes gearbeitet hätten. Aus den barmhertigen Verhältnissen läßt sich ersehen, was ein solches harmonisches Zusammenwirken zustande zu bringen vermag. So aber hat die sozialistische Parteipolitik unsere eigene Heimat nicht zur Ruhe kommen lassen und alle Hebel wesentlich verwickelt und vergrößert. Die Wirkung dieser Verwicklung reicht über die weitläufigen Grenzgebiete hinaus und macht sich auch im Reich selbst, das Reich ist verpflichtet, für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände in allen Einzelheiten zu sorgen, und es müßte daher, wie an dieser Stelle bereits früher betont wurde, im äußersten Falle mit bewaffneter Hand zur Durchföhrung der Reichsverfassung gegen eine Majorität einschreiten. Sollen die bloße Möglichkeit, daß es zu solchen Verwicklungen kommen könnte, ist geeignet, die innere Festigkeit der Reichspolitk zu erschüttern und ein gefährliches Moment der Unruhe und Unsicherheit in sie hineinzutragen. Das Reich wird aber auch noch weiter in Mitleidenschaft gezogen durch die Geföhrdung des bundesstaatlichen Gedankens, die bei längerer Dauer einer solchen Entwicklung, wie sie jetzt Sachsen durchmacht, unermesslich eintreten und um so nachhaltiger sich geltend machen muß, je mehr sich die sächsische Politik auch auf andere Länder ausdehnt. Schon jetzt herrscht in Thüringen ein ganz ähnlicher Geist, und Braunschweig heftt man ebenfalls in den mooslichen Kreis der rein sozialistischen, mit Kommunismus durchsetzten Volksbeglückung hineinzuziehen, um so den Bund der mittel-deutschen sozialistischen Staaten zu bekröhen, durch den ein fortgesetzter Druck auf die Reichspolitk ausgeübt werden soll, um diese im sozialistischen Sinne zu beeinflussen und ihr nach innen und nach außen den gleichen Stempel aufzudrücken, mit dem jetzt Sachsen ausgezeichnet ist.

Wenn in einzelnen Ländern solche radikalen parteipolitischen Exzesse über das ganze öffentliche Leben gehen und unterwöhlen, so wird dadurch für den bundesstaatlichen Gedanken eine doppelte Geföhrdung heraufbeschworen. Nicht genug damit, daß die bürgerlichen Kreise der so bedrohten Länder die Freunde an der eigenen staatlichen Selbstständigkeit verlieren, gewinnen auch im Reich immer mehr die Bestrebungen die Oberhand, die das ganze bundesstaatliche System als einen lästigen Ballast empfinden, den man baldmöglichst über Bord werfen müßte. Das aber halten die Föderalisten für ein großes nationales Unheil, weil sie auch heute noch unentwegt auf dem Standpunkte stehen, daß die Reichseinheit am sichersten auf der Grundlage der namensmäßigen Besonderheiten ruht, deren vielföcher politk Börsard an einem so funktionellen föderativen Verfassungsbau zusammengefügt hatte. In Sachsen ist es tatsächlich schon so weit gekommen, daß manche guten sächsischen Patrioten sich fragen, ob nicht am Ende der Anschluß an Preußen den einzigen Rettungsweg für das Land darbreite, das sonst bei der Fortdauer der jetzigen sozialistischen Parteipolitk dem völligen Verfall entgegengehen müßte. Wenn in ebendem Bundesstaate, der früher bei der Verteidigung